

26. April 2017

## **Das Ergebnis des Erdogan-Referendums erzwingt eine gründliche Neuorientierung auch unserer Hamburger Integrationspolitik**

Aktuelle Stunde, angemeldet von der AfD-Fraktion

Jörn Kruse

Sehr geehrte Frau Präsidentin, Sehr geehrte Damen und Herren

Die Türkei ist seit dem Sommer letzten Jahres weder ein Rechtsstaat noch eine Demokratie, sondern ein Willkürstaat und eine Erdogan-Autokratie. Davon zeugen die in die tausende gehenden -- politisch motivierten -- willkürlichen Entlassungen und Inhaftierungen von Professoren, Lehrern, Beamten, Journalisten und vielen anderen, die oppositioneller Meinungen verdächtigt oder als Sympathisanten der Gülen-Bewegung denunziert wurden. Alle Opfer dieser Erdogan-Säuberungen verdienen unsere Solidarität.

Seine autoritären Machenschaften wollte Erdogan mit dem Referendum ein quasi-plebiszitäres Mäntelchen umhängen. Das ist ihm nur knapp gelungen. Die Opposition in den Köpfen der Bürger war trotz der Repression stark. Dafür haben die Türken meinen Respekt.

Ob es überhaupt gelungen wäre, wenn wir die Wirkungen der Wahlfälschungen und der Wahlbehinderungen und die Stimmen der Auslandstürken abziehen, ist durchaus unsicher. Letzteres stellt ein besonderes Problem dar. Bei den in Deutschland lebenden Türken haben fast zwei Drittel der Wähler für Erdogans Ermächtigungsgesetz gestimmt.

Im Klartext: Sehr viele Türken, die hier in Deutschland die Vorzüge von Rechtsstaat und Demokratie genießen, stimmen dafür, dass ihren Familien und anderen Bürgern in der Türkei diese Rechte und Sicherheiten entzogen werden.

Normalerweise sagt man ja, in einer Demokratie bekommt jedes Volk die Regierung, die es verdient. Hier gilt das sicher nicht. Denn die hiesigen Türken bekommen die Diktatur nicht selbst, für die sie gestimmt haben. Das allein ist ein starkes Argument gegen die doppelte Staatsbürgerschaft.

Das Ergebnis wirft außerdem ein Schlaglicht auf eine Entwicklung, die sich schon länger abzeichnet. Und die eine Integrationserwartung als Illusion erscheinen lässt. Viele Leute in Deutschland -- ich auch -- haben lange die Vorstellung gehabt, dass Türken, die in der ersten Generation als sogenannte "Gastarbeiter" kamen, in der zweiten und dritten Generation -- weil sie mit uns leben, arbeiten und kommunizieren -- sich zunehmend integrieren und

zugehöriger Teil unserer Gesellschaft werden -- oder wieder in ihre Heimatländer zurückgehen.

Das war in erheblichen Teilen eine Illusion. Sehr viele leben nicht mit uns, sondern neben uns her. Parallel-Gesellschaften sind das Gegenteil von Integration. Das Erdogan-Ergebnis in Deutschland ist ein Resultat von -- so möchte ich es nennen -- "Parallel-Gesellschaft im Kopf".

Integration muss man wollen. Das ist nicht nur eine Anforderung an unsere Gesellschaft, sondern auch -- und vor allem -- an die Zuwanderer selbst, wenn sie nicht nur Gäste bleiben wollen. Und nicht selten hat man den Eindruck, dass das in der dritten Generation schlechter läuft als in der ersten. Geht der Integrationsprozess in die falsche Richtung? Das wäre fatal.

Wir müssen unsere Vorstellungen von Integration auf den Prüfstand stellen und die Prozesse und Probleme grundsätzlich problematisieren und analysieren. Wir müssen unseren türkischen Mitbürgern deutlich machen, dass wir bezüglich eines Miteinander auch konkrete Erwartungen an sie haben. Dass wir nicht auf Dauer tolerieren wollen, dass sie zwar alle Vorteile der deutschen Gesellschaft konsumieren, aber "im Kopf in Anatolien" bleiben. Wir wollen, dass sie tolerant und demokratisch werden.

Das kann man nur gemeinsam und im Dialog mit den Türken in Deutschland machen. Aber bisher haben wir die falschen Gesprächspartner. Verbände und Funktionäre, die aus Ankara gesteuert werden, sind ganz sicher die falschen Dialog-Partner, weil sie völlig andere Interessen haben -- und weil sie per se integrations-feindlich sind. Die Worte von Erdogan habe ich noch im Ohr.

Wir sollten in Hamburg mit den integrationsbereiten Türken direkt reden -- ohne Erdogan-Funktionäre. Vielleicht sollten wir die Hamburger Türken auf demokratische Weise eine Vertretung wählen lassen, die dann unsere Gesprächspartner sind. Neu denken müssen wir auf jeden Fall.